

## Lebenslange Verantwortung für die Beschäftigten der Bundeswehr

Die zentrale Übernahme der Verantwortung für Wehrdienstbeschädigte durch die Bundeswehr war ein wesentlicher und richtiger Schritt, um besser und schneller die berechtigten Ansprüche der Soldatinnen und Soldaten mit einer Wehrdienstbeschädigung zu prüfen, bearbeiten und bescheiden zu können. Diese Initiative, die nicht zuletzt auf Drängen der Großen Koalition 2005 – 2009 zustande kam, gilt es nach dem Aussetzen der Wehrpflicht fortzuführen.

Dies betrifft insbesondere die Gruppe von ehemaligen Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr, die nach ihrem aktiven Dienst an einer plötzlich auftretenden Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) erkranken. PTBS kann zum Teil erst nach Jahren, ausgelöst durch ein spontanes Ereignis, auftreten. Ehemalige Soldaten, die längst aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind und/oder einer zivilen Beschäftigung nachgehen, werden von solchen plötzlich auftretenden Belastungen meist völlig überrascht, da der Auslöser lange zurückliegt. Sie reagieren oft hilflos und können die Erkrankung nicht richtig einordnen. Diese Personengruppe fällt durch das Raster der engmaschigen Beobachtung, da die Meldepflicht durch die Kreiswehrrersatzämter nach der Umwandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee nicht mehr existiert. Ausgeschiedene Angehörige der Streitkräfte sind damit nicht mehr im Fokus von behandelnden Ärzten in den Traumazentren der Bundeswehr, sie unterliegen auch keinem Screening. Zivile Ärzte kennen die Vordienstzeit mit einer besonderen Auslandsverwendung oft nicht, die notwendige Behandlung verzögert sich und schafft unnötige Belastungen.

Nach unserem Verständnis besteht die Verantwortung des Dienstherrn für die Soldaten der Bundeswehr auch nach dessen Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist eine lückenlose Nachverfolgbarkeit von ausgeschiedenen Beschäftigten unabdingbar.

**Wir fordern daher das Bundesministerium der Verteidigung auf, sicherzustellen, dass ein umfassendes Register aller aktiven und**

**ehemaligen Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr aufgebaut wird und dabei auf neue und einfache Wege der Kommunikation zurückgegriffen wird.**

So könnte eine zentrale Datenbank mit den wichtigsten persönlichen Daten und Erreichbarkeiten eingeführt werden, die beim Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr sinnvoll angesiedelt wäre. Ein System, wie es beispielsweise der Deutsche Anteil am George C. Marshall Center in Garmisch eingerichtet hat, könnte hier eine gute Vorlage bieten. Aber auch eine App für das Smartphone, über das heute beinahe jeder/jede verfügt, kann den schnellen und problemlosen Kontakt in beide Richtungen erleichtern, wie es die Firma Accenture bereits als Testlauf für Reservisten der Bundeswehr vorgestellt hat. Dabei ist auch eine enge Zusammenarbeit mit der Härtefallstiftung unabdingbar.

Jede Art langfristiger kommunikativer Bindung wird sich darüber hinaus hilfreich für den Einsatz von Reservisten auswirken. Wenn ausgeschiedene Soldaten den ehemaligen Arbeitgeber über ihre neue berufliche Verwendung informieren, kann dies helfen, sie für eine sinnvolle Reservistentätigkeit in der Bundeswehr zu gewinnen.